

»Da musste was passieren«

Seit Anfang des Jahres zahlt die Stadt mehr Miete für Hartz IV-, Grundsicherung- und Sozialhilfe-Bezieher*innen. Aber es läuft nicht alles glatt, sagt Clemens Hermeler von der Sozialberatung Widerspruch e.V. im Interview mit Siliva Bose.

Viertel: Der Stadt Bielefeld zahlt Hartz IV-Bezieher*innen endlich mehr Miete. Ist jetzt alles gut?

Clemens Hermeler: Ein großer Wurf ist dieses gesetzlich vorgeschriebene schlüssige Konzept für die Kosten der Unterkunft (KdU) nicht. Es ist ein notwendiger und überfälliger Wurf. Ja, die Stadt hat die KdU erhöht – nach 13 Jahren und zwar auf eine Höhe, die ungefähr nach der Wohngeldtabelle NRW plus zehn Prozent Zuschlag als angemessen gilt. Das ist alles.

Gesteht die Stadt mit der Erhöhung auch ein, dass sie zu wenig gezahlt hat?

Auf jeden Fall! Der Behindertenbeirat der Stadt Bielefeld hat bereits 2015 gesagt, dass die KdU und die Grenzen für die Angemessenheit viel zu niedrig sind. Seit damals hat der Sozialdezernent gesagt, man habe das im Blick und man arbeite daran. Und dazu hat man dann noch ein paar Jahre gebraucht.

Hat die Stadt auf Kosten der Betroffenen gespart?

Schon. Allein 2017 sind etwa 3,8 Millionen Euro tatsächliche Wohnkosten nicht anerkannt worden. Da musste einfach was passieren.

Läuft die Umstellung glatt?

In Bescheiden stehen teilweise immer noch die alten Werte, obwohl seit dem 1.1.2019 die höheren KdU gelten. Die Leute zahlen also immer noch zu. Da muss die Verwaltung nachbessern.



FOTO: SILIVA BOSE

Früher gab es einen Klimabonus, der vorsah, dass Leute in energetisch sanierten Wohnungen mehr KdU bekommen.

Da war Bielefeld mal vorbildlich. Jetzt gibt es den Klimabonus nicht mehr. Ich kann das nicht nachvollziehen. Bei einem gut gedämmten Haus ist die Miete zwar höher, aber die Heizkosten sind niedriger. Für die Stadt wäre es mit Klimabonus also nicht unbedingt teurer.

Heute setzen sich die Werte der KdU aus Kaltmiete und den kalten Betriebskosten zusammen. Ist das von Vorteil?

Nein, das ist eher ein Rückschritt. Jetzt sind die kalten Betriebskosten gedeckelt. Wer drüber ist, muss die Nachzahlung selber tragen. Das kann zur Schuldenfalle werden und macht es für Betroffene noch komplizierter als nötig.

Können Betroffene zu viel gezahltes Geld noch zurückbekommen?

Aus unserer Sicht ja. Denn es gibt ein Urteil vom Bundessozialgericht von 2012, das ganz klar sagt, dass wenn kein schlüssiges Konzept vorliegt – und das hatten wir bis Ende 2018 nicht – dann gelten die Werte der Wohngeldtabelle plus zehn Prozent. Das war immer deutlich mehr als die Stadt Bielefeld als angemessen angesehen hat. Wenn man auf das Urteil nicht hingewiesen wurde und zugestimmt hat, Miete dazu zu zahlen, dann ist das ein Verzicht auf Sozialleistungen.

Und das heißt?

Dass die Zustimmung als nichtig anzusehen ist und die Leute nach einem Überprüfungsantrag zu viel gezahltes Geld auch für das Jahr 2018 erstattet bekommen müssen. Da muss man im Einzelfall drum streiten. Dazu raten wir. Wir heißen eben nicht Zustimmung e.V., sondern Widerspruch e.V. (lacht).

Trotz höherer KdU werden Hartz IV-Bezieher*innen und andere mit wenig Einkommen weiterhin nur schwer bezahlbare Wohnungen finden. Was muss passieren?

Heute setzt man mit dem öffentlich geförderten Wohnungsbau auf das falsche Pferd der öffentlich-privaten Partnerschaften, wo Private staatlich gefördert Wohnungen bauen. Was ist beispielsweise mit den leeren Häusern der britischen Streitkräfte? Da muss man umdenken. Kommunen wie die Stadt Bielefeld müssen selbst Wohnraum schaffen. Sonst wird man des Problems nicht Herr. Davon bin ich fest überzeugt.

Endlich realistischer

Früher musste in Bielefeld jeder vierte Bezieher von Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe und Grundsicherung von seinem Existenzminimum Geld abzwacken und damit seine Miete mitfinanzieren. In der Regel zahlte die Stadt 4,64 Euro Grundmiete pro Quadratmeter, für die kaum noch Wohnungen zu finden sind. Seit dem 1. Januar ist das anders. Die Stadt hat endlich das gesetzlich geforderte schlüssige Konzept für die sogenannten Kosten der Unterkunft aufgestellt und so realistische Werte ermittelt. Sie sind gestaffelt nach Anzahl der Personen und nach der Wohnungsgröße und außerdem aufgeteilt in Grundmiete und Betriebskosten. Weitere Infos und alle Werte unter www.bielefeld.de



FOTO: MARTIN SPECKMANN

»Wir wollen wohnen!«

Die schwarz-gelbe NRW-Landesregierung will den Mieterschutz aufweichen. Dagegen macht ein Bündnis mobil. Silvia Bose berichtet.

Schon jetzt können viele Menschen die explodierenden Mieten nicht mehr bezahlen. So sind die Neubaumieten in Bielefeld in den vergangenen zehn Jahren um 36 Prozent auf 9,42 Euro pro Quadratmeter gestiegen. Die Leerstandsquote liegt hier deutlich unter 1 Prozent; 3 Prozent sollten es in einem ausgeglichenen Wohnungsmarkt sein. Um den Markt zu entspannen, müssten in Bielefeld rund 1.300 Wohnungen jährlich gebaut werden. Tatsächlich wurden aber nur knapp 700 fertig gestellt.

Trotz dieser Wohnkrise planen CDU und FDP in NRW, wichtige Regelungen zum Schutz der Mieterinnen und Mieter zu streichen. Das will der Mieterbund NRW mit dem Bündnis »Wir wollen wohnen!« verhindern, das sich auch in Ostwestfalen-Lippe (OWL) formiert hat. Mit dabei sind der Mieterbund OWL, die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Verbraucherzentrale und die Bielefelder Initiative für sozialökologische Stadtentwicklung.

Es geht um viel: Wenn die schwarz-gelbe Landesregierung ihre Pläne wahr macht, werden Vermieter bei Neuvermietungen überzogene Mieten verlangen. Mieter werden ihre Wohnung verlieren, weil Vermieter leichter wegen Eigenbedarf kündigen und dann die Miet- in eine Eigentumswohnung umwandeln können. Und Vermieter können dann Wohnraum leichter zweckentfremden und Geld machen mit gezieltem Leerstand, gewerblichen Vermietungen und Vermietungen durch Vermittler wie AirBnB, WIMDU und Co.

Daher fordert der das Bündnis »Wir wollen wohnen!« die Landesregierung auf, die rechtlichen Regelungen zum Schutz der Mieter zu erhalten und mehr Wohnraum zu schaffen. »Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Familien, Alleinerziehende und Hilfeempfänger, aber auch an barrierefreiem Wohnraum für Studenten und Auszubildende«, sagt Veronika Rosenbohm, Vorsitzende des Mieterbundes OWL. »Deswegen sind die Schutzgesetze dringend notwendig, um zu verhindern, dass das ausgenutzt wird.«

Das Bündnis plant einen Aktionstag am 8. April auf dem Jahnplatz und hat eine Onlinepetition gestartet: <https://weact.campact.de/petitions/wir-wollen-wohnen>



LORBEER-APOTHEKE

Seit
50 Jahren
mitten im
Bielefelder
Westen

– Naturheilkunde –
– Homöopathie –

Apotheker Dietmar Becker e. K.
Siechenmarschstraße 32
33615 Bielefeld
Telefon 05 21 / 12 25 41

www.lorbeer-apotheke.de